



NIEDERRHEIN GLOBAL

**Auswirkungen
der Globalisierung
auf die
Region Niederrhein**



Reader

2005-2006

Ausgabe 1.1.1

**Inhalt:**

	Seite
Editorial	3
Artikel	
1. Arm und Superreich in Kreis Wesel	4
2. Struck und der globale Einsatz der Bundeswehr	5
3. Der Esel schießt doch keine Dukaten	6
4. Was ist Cross-Boarder-Leasing?	7
5. Aus für elefanten	8
6. Global brutal am Niederrhein? Das Siemens-Handywerk in Kamp-Lintfort	9
7. Die Rübe vom Niederrhein, die EU und der Weltmarkt	13
8. Hartz am Niederrhein	14
9. Weihnachtliche Steuergeschenke an Rhenus Keolis	16
Anhang: Dokumentation	19
A. Dauerhaftes Bleiberecht für die Weseler Familie Erkil	
B. Freier Eintritt für Hartz IV - Betroffene!	
C. Offener Brief von ATTAC Niederrhein an den NRW-Innenminister	
D. ATTAC- Vortragsveranstaltungen 2005/2006	
Was ist ATTAC?	22

Impressum:

An diesem Reader haben folgende Personen mitgewirkt:

Gudrun Bryk, Andrea Claßen, Markus Grolms, Jürgen Haus, Uwe Hüttmann, Christa Kalisch, Klaus Kubernus-Perscheid, Ingo Kübler, Irmgard Lüter, Ulrich Pajtler, Christof Reinders

Verantwortlich i.S.d.P.: Klaus Kubernus-Perscheid, Pastor Wolf Str. 12, 46487 Wesel

„Man kann den Gewalterhaltungssatz nicht beschummeln: Gewalt geht nie verloren, die strukturelle Gewalt, die von den Finanzmärkten ausgeübt wird, der Zwang zu Entlassungen und die tiefgreifende Verunsicherung der Lebensverhältnisse, schlägt auf lange Sicht als Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmissbrauch, Alkoholismus zurück, in all den kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags.“

(Pierre Bourdieu, Gegenfeuer)

Editorial

Liebe LeserInnen,

wie andere Regionen der Bundesrepublik auch, befindet sich die Region Niederrhein in einem ökonomischen Umbruch, der die Lebensverhältnisse der Bevölkerung tiefgreifend verändern wird. Kohlezechen wie Walsum und Lohberg, mit ca. 6.000 direkt betroffenen Arbeitsplätzen, werden in absehbarer Zeit stillgelegt, die Textilindustrie in Krefeld und Teile der Schuhproduktion in Kleve sind schon vor Jahren in Niedriglohnländer abgewandert. Aber auch die innovativen Hoffnungsträger der Region wie die Handyproduktion in Bocholt und Kamp-Lintfort und der Flughafen Niederrhein in Weeze scheinen nur kurzfristig Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Mit dem Projekt „Auswirkungen der Globalisierung auf die Region Niederrhein“ wollen wir versuchen, die durch die neoliberale Globalisierung hervorgerufenen Veränderungen unseres Lebens am Niederrhein zu beschreiben. Unter dem Begriff der neoliberalen Globalisierung verstehen wir einen Prozess, „der die Tendenz hat, Selbstversorgungswirtschaften zu zerstören, um globale Märkte und abhängige Konsumenten zu schaffen“ (*AWWO-Papier, ATTAC*).

Anhand von Einzelbeispielen wie etwa die Auseinandersetzungen um die Arbeitsplätze bei Siemens in Kamp-Lintfort und Bocholt oder die Standortschließung der Bundeswehr in Emmerich wollen wir die Hintergründe recherchieren und dokumentieren.

Mit dieser Dokumentation wollen wir einen Diskurs um demokratische Handlungsperspektiven anstoßen.

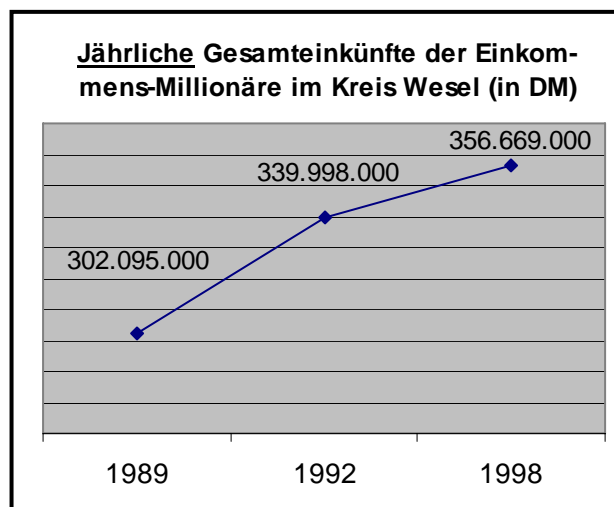
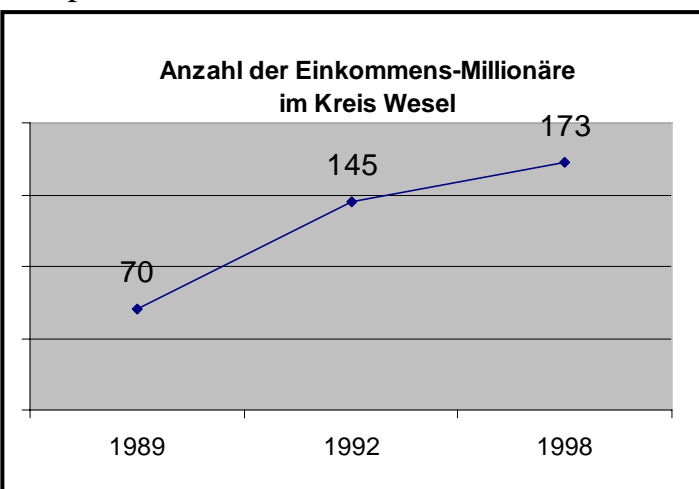
Interessenten die Spaß daran haben Literaturrecherchen anzufertigen, Texte und Grafiken zu layouten oder mitzudiskutieren sind ausdrücklich für eine weitere Mitarbeit herzlich willkommen!

Klaus Kubernus-Perscheid

1. Arm und Superreich im Kreis Wesel

Global und lokal geht die Reichtums- und Einkommensschere weiter auseinander. Das Vermögen der weltweit drei reichsten Milliardäre ist inzwischen größer als das gesamte jährliche Bruttosozialprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt, in denen über 600 Millionen Menschen leben. Die 200 reichsten Menschen der Welt verdienen etwa 500 US-Dollar pro Sekunde. Sie besitzen mehr als das Jahreseinkommen der ärmsten 41% der Weltbevölkerung zusammen. Während in Deutschland das Phänomen der "neuen Armut" diskutiert wird, können die Aldi-Brüder über 30 Mrd. (30.000.000.000) Euro ihr eigen nennen. Der Kreis Wesel macht in dieser Entwicklung keine Ausnahme. Auch hier wirkt sich die neoliberale Umverteilungspolitik der letzten 20 Jahre von "unten nach oben" massiv aus, d.h. es wachsen beständig zwei Bevölkerungsgruppen. Arme und Superreiche.

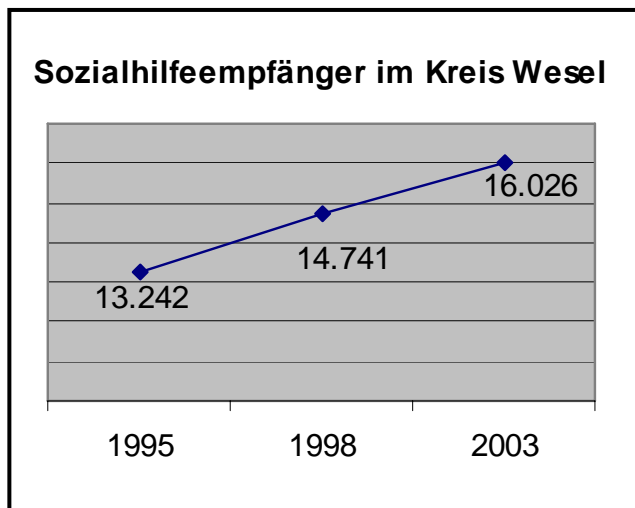
- Verdoppelung der Zahl der Einkommens-Millionäre in den 90er Jahren
- Gesamteinkünfte aller Einkommens-Millionäre erhöhte sich in 9 Jahre um mehr als 50 Mill. DM
- Zahlen für NRW
1989: 5.364 Einkommens-Millionäre
1998: 9.477 Einkommens-Millionäre
- Die noch weit aus größere Zahl der Vermögens-Millionäre kann seit Abschaffung der Vermögenssteuer Mitte der 90er Jahre nicht mehr ermittelt werden



- 1998: Durchschnittliches jährliches Einkommen pro Einkommens-Millionär: 2.061.670 DM

- seit 1995 stieg die Zahl der Empfänger von "laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" um 20 Prozent

Ein Sprecher von ATTAC-Niederrhein, Ingo Kübler, dazu: *"Der Verzicht auf eine angemessene Vermögens- und Erbschaftssteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes und Hartz IV werden zu einen weiteren Auseinanderdriften von Reich und Arm führen."*



Quelle der Daten: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf | Grafiken: ATTAC - Niederrhein Aktuelle Zahlen für 2001 bzgl. der Einkommensmillionäre sind erst im Laufe des Jahres 2005 zu erwarten, laut Auskunft des Landesamtes.

2. Struck und der globale Einsatz der Bundeswehr

Im November 2004 gab die Bundesregierung die konkreten Zahlen zur Truppenreduzierung der Bundeswehr bekannt. Danach soll die Anzahl der Soldaten von bisher 285.000 auf 250.000 und die Zahl der Zivilbeschäftigten von 120.000 auf 75.000 reduziert werden. Zusammen ergibt das ein Arbeitsplatzabbau von 80.000 Stellen. Auch Standorte am Niederrhein sind betroffen. So sollen bis zum Jahre 2010 die Standorte Emmerich und Borken ganz geschlossen und die Standorte Wesel, Straelen und Kalkar personell ausgedünnt werden.

Truppenreduzierung am Niederrhein	
Standort	Reduzierung von
Borken	870 auf 0
Emmerich	950 auf 0
Kalkar	530 auf 500
Straelen	150 auf 80
Wesel	680 auf 450

Die Umstrukturierung ist Teil eines Plans, den Verteidigungsminister Struck bereits am 5.12.02 mit den Worten ankündigte, dass die Sicherheit der Bundesrepublik auch am Hindukusch verteidigt werden soll. Im Mai 2003 legte Struck dann seine Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vor, in denen die Umwandlung der Bundeswehr von einer Landes-Verteidigungsarmee zu einer Interventionsarmee manifestiert wurde. Künftig, so heißt es dort, ließen sich die Einsätze der Bundeswehr „weder hinsichtlich der Intensität noch geografisch eingrenzen.“ (Punkt 57, VPR) Wörtlich sagte Struck: „Mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt.“ (FAZ, 14.1.04)

Struck setzt damit den ideologischen Rahmen für eine Politik, die die rot-grüne Bundesregierung 1998 übernommen und fortgesetzt hat. Ausgehend von „humanitären Aktionen“ in Kambodscha (1992) und Somalia (1993) über den völkerrechtswidrigen, da ohne UN-Mandat geführten Angriffskrieg gegen Jugoslawien (1999), bis hin zu ersten Kampfeinsätzen in „vorderster Front“ (SZ) in Afghanistan (2002) wurden die psychologischen Hemmschwellen gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr der deutschen Bevölkerung systematisch abgebaut. Zur Zeit befinden

sich deutsche Soldaten auf dem Balkan (Kosovo, Bosnien, Mazedonien), im Kaukasus (Georgien), in Zentralasien (Usbekistan, Afghanistan), am Persischen Golf (Kuwait) und in Afrika (Djibuti, Kenia, Kongo)



Zusammen sind also ca. 10.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt. „Wenn man berücksichtigt, dass auf Grund des Rotationsverfahrens noch einmal die gleiche Anzahl in Bereitschaft steht und dass ein erheblicher logistischer Aufwand zur Versorgung notwendig ist, dürften derzeit etwa 50.000 Mann bei diesen Auslandseinsätzen engagiert sein.“ (Ulrich Menzel, *Deutschland und die neue Weltordnung*, FR 10.10.02)

3. Der Esel schießt doch keine Dukaten

Das Weseler Kanalsystem samt Klärwerk wird nicht an einen US-amerikanischen Investor per CBL verleast (Definition CBL: siehe Punkt 4.). Der Rat der Stadt Wesel entschied sich Ende März 2003 endgültig gegen diese Transaktion. ATTAC - Niederrhein hat mit seinem Engagement entscheidend dazu beigetragen, dass dieser mit unabwägbaren rechtlichen Risiken behaftete, moralisch verwerfliche Deal nicht zu Stande kam.

Nachdem das geplante Scheingeschäft um das Weseler Kanalsystem und Klärwerk selbst im Karneval der Rheinstadt auf mehreren Wagen thematisiert wurde, hatte der Weseler Stadtrat am 4. März zu einem sog. Expertenhearing geladen. Als Sachverständige erschienen dort ein Vertreter einer Finanztochter von Daimler Chrysler, die Rechtsanwälte Dr. Thomas Wagner und Andrew Hoffmann, sowie ein Abgesandter der Beratungsfirma Dexia. Bezeichnenderweise waren dies alles potentielle Profiteure des geplanten Deals. In anderen Städten Nordrhein-Westfalens hatten diese mit ihrer Vermittlungs- und Beratungstätigkeit bei ähnlichen Geschäften bereits kräftig abgesahnt.

Doch viel brachte die Anhörung nicht: So titelte die Rheinische Post am Tag darauf: „Sind sie jetzt schlauer, Wesels Politiker ? Kaum...“. Das einzige Ergebnis der Anhörung war, dass eine Vertragsunterzeichnung auf Ende Juni verschoben wurde. Die Volksvertreter/innen, außer den sozialdemokratischen, waren inzwischen kritischer geworden, nachdem ATTAC Niederrhein öffentlich

protestiert (Ratssitzung am 17. Dezember 2002) und zahlreiche Gespräche mit lokalen Politiker/innen geführt hatte, um sie über die Fußangeln und Fallstricke von Cross-Border-Leasing aufzuklären. Nach der Entscheidung des Stadtrats vertagte ATTAC - Niederrhein eine für Ende März geplante Bürger-Infoveranstaltung. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Wesel führte eine solche durch, was bei ATTAC - Niederrhein doch für Verwunderung sorgte. Trotz mehrerer Versuche war es ATTAC - Niederrhein vorher nicht gelungen den BUND Wesel für eine gemeinsame politische „Front“ zu motivieren.

Jetzt, da das Thema durch die Arbeit von ATTAC in der Öffentlichkeit heiß diskutiert wurde, lud der BUND zur Protest-Bürgerversammlung. Vor dieser Veranstaltung hatte sich der BUND Wesel kein einziges Mal in der Öffentlichkeit zum Thema geäußert. Hier wollten also die Umweltfreunde eine politische Ernte einfahren, die ATTAC gesät hatte (die BUND Veranstaltung fand übrigens kaum Beachtung; ca. 25 Teilnehmer/innen). Aber wenige Tage später löste sich die CBL-Problematik (fast) ganz von selbst auf. Was sich Anfang März durch einen Artikel („Es riecht nach Mehrheit gegen das US-Leasing“) in der Rheinischen Post andeutete, sollte sich am 19. März bewahrheiten. Denn als die gleiche Zeitung vermeldete: „**CDU macht harten Schritt: Kein US-Leasing**“ war klar, ein Deal mit dem Kanalsystem und Klärwerk kommt in Wesel nicht zustande. Der Grund dafür: ATTAC Niederrhein hatte inzwischen der CDU Wesel eine nichtöffentliche Transaktionsanalyse aus Recklinghausen zugespielt, deren

Studium die CDU veranlaßte, die Finger von der globalen Leaserei zu lassen. In Recklinghausen beispielsweise wird nämlich auch das Kanalnetz verhökert. Ende gut, alles gut? Schon -leider aber nur in Wesel. Andere Städte in NRW (zum Beispiel Dortmund und Herne) haben inzwischen CBL-Geschäfte abgeschlossen. Zum Teil haben sich dabei die kommunalen Entscheidungsträger über Bürgerbegehren einfach hinweggesetzt.

4. Was ist Cross-Border-Leasing?

Seit 1995 bietet der deregulierte US-Finanzmarkt die Möglichkeit zu Cross-Border-Leasing Verträgen mit Unternehmen und Städten im Ausland.

Kommunale Einrichtungen wie Kanalnetze oder Kläranlagen, aber auch Schulen und andere öffentliche Einrichtungen werden für 100 Jahre an den jeweils eigens gegründeten Trust eines US-Investors vermietet. Bei manchen Verträgen wird zur Absicherung noch eine Trusttochter in einer Finanzoase zwischen-geschaltet, etwa die karibischen Cayman-Inseln. Die lange Laufzeit wird in einigen Bundesstaaten der USA wie eine Eigentumsübertragung bewertet; so wird der Investor Eigentümer der Anlage. In einem Parallelvertrag mietet die Stadt die Anlagen wieder zurück. Durch eine Rückkaufoption hat sie das Recht, nach rund 30 Jahren den Vertrag zu beenden.

In den USA entsteht für den Investor ein Steuervorteil, von dem er einen kleinen Teil - meist um die vier Prozent der Transaktionssumme der Stadt abgibt (sog. Barwertvorteil) und am ersten Tag

auszahlt. Die Stadt, ebenfalls Eigentümerin der Anlage, verpflichtet sich, die Anlage im vereinbarten Volumen zu betreiben; wenn die Anlage ausfällt oder nicht ausgelastet wird, hat der Investor ein Kündigungsrecht, das ihn zu Schadensersatzforderungen in Höhe der entgehenden Steuern berechtigt. Es gilt US-Recht. Durch die Vertragsbeteiligung deutscher Banken als Schuldübernahme- und Darlehensbank treffen Steuerausfälle nicht nur die USA, sondern auch Deutschland.

(Definition nach Werner Rügemer aus „Die Tageszeitung“, Ausgabe: NRW, Nummer 114 vom 24. Oktober 2002)

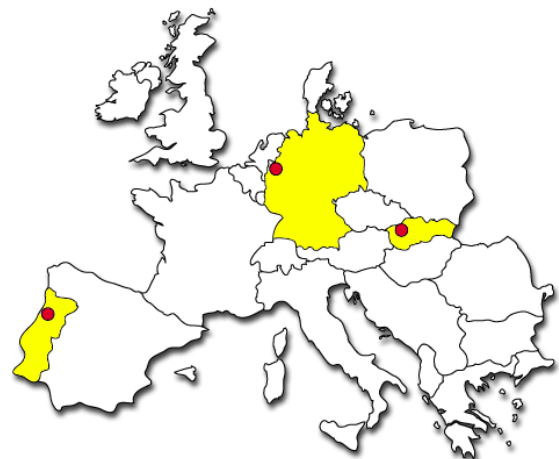
5. Aus für elefanten



Am Freitag, den 30. Juli 2004, sorgte eine Pressemitteilung der elefanten GmbH für die endgültige Gewissheit, dass es für das traditionsreiche Unternehmen keine Rettung mehr geben wird. „elefanten“, so heißt es dort, „wird nach vergeblicher Investorensuche geschlossen. Der Belegschaft wurde mitgeteilt, dass der laufende Geschäftsbetrieb mit der Auslieferung der Herbst-/Winter-Kollektion 2004 eingestellt wird.“ Von der Schließung des führenden Kinderschuhherstellers in Europa sind ca. 250 MitarbeiterInnen in Kleve sowie 570 MitarbeiterInnen in den Produktionsstätten in Portugal und der Slowakei betroffen.

Das 1908 von Gustav Hoffmann gegründete Unternehmen steckte schon

mehrmals in der Krise. Um das Unternehmen profitabler zu gestalten, wurde die Produktion in den 80er und 90er Jahren von Kleve in Billiglohnländer verlagert und der Produktionsprozess global organisiert. Ende 1974 hatte das Unternehmen, das während seines Bestehens mehrmals seinen Namen und seine Rechtsform wechselte, mehr als 2.500 Beschäftigte, 1260 davon in Kleve. Später wurden die Schuhoberteile in „Regiefertigung“ in Indien, Indonesien, Vietnam, Polen, Slowenien und Kroatien gefertigt. Fabrikationsstätten entstanden 1985 in Seixezelo bei Porto in Portugal und 1995 in der Slowakei.



elefanten-Produktionsstandorte

Die Entscheidung für die Schließung des Unternehmens durch die britische Konzernzentrale von Clarks kam für viele überraschend. Erst am 1. März 2001 hatte der britische Konzern C & J Clark Ltd. (Clarks) das Klever Unternehmen übernommen. Clarks ist mit 15.500 Beschäftigten der weltgrößte Schuhkonzern. Im Geschäftsjahr 2001/2002 erwirtschaftete Clarks einen Umsatz von 1,4 Milliarden € und einen Gewinn von 113 Millionen €. Clarks investierte in den darauffolgenden Jahren 40 Millionen € in Produktdesign und Produktion. Die Rationalisierung kostete im Oktober 2001

bereits 75 Vollzeit Arbeitsplätze in Kleve, um die „Ertragslage zu verbessern“. Die neue Geschäftsleitung versprach damals „eine langfristige Zukunft der elefanten GmbH am Standort in Kleve“.

Seit der Jahreswende 2003/2004 versuchte Clarks offenbar das Unternehmen zu verkaufen. Mögliche Investoren zeigten jedoch allenfalls für das Markenzeichen Interesse. Ursache für die schlechten Absatzmöglichkeiten der Kinderschuhe sieht die Unternehmensleitung hauptsächlich in der „ungünstigen demographischen Entwicklung im Kernabsatzmarkt Deutschland, in dem die Hauptzielgruppe der Besserverdiener mit Kindern für die qualitativ hochwertigen Elefanten-Schuhe dramatisch abnimmt.“ Diese Entwicklung war dem Konzern jedoch auch vor der Übernahme bekannt.

(Literatur: Ralf Daute, Die elefanten-Story, Daute Verlag, Kleve 2004)

6. Global brutal am Niederrhein? Das Siemens-Handywerk in Kamp-Lintfort

*I. Kübler führte das Interview mit
Markus Grolms*

Im Frühjahr 2004 bangten mehrere tausend Beschäftigte der Siemenswerke Kamp-Lintfort und Bocholt um ihre Arbeitsplätze. Der Konzern beabsichtigte aus Kostengründen seine Handyproduktion von Nordrhein-Westfalen nach Ungarn zu verlagern. Nach einem viermonatigen Ringen um den Erhalt der Jobs einigten sich das Unternehmen und die Gewerkschaft IG Metall auf den Erhalt der Werke. Dafür wurde ein so genannter „Ergänzungstarifvertrag“ abgeschlossen, der unter anderem eine

Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich vorsieht. Weihnachts- und Urlaubsgeld werden durch eine erfolgsabhängige Jahreszahlung ersetzt. Im Gegenzug verzichtete Siemens für zwei Jahre auf die Verlagerung von 2.000 der insgesamt 4.500 Arbeitsplätze. Zudem sollen 50 Millionen Euro in die Werke investiert werden.

Der Konflikt bei Siemens fand bundesweit starke Beachtung. Einige Beobachter sprachen sogar davon, dass hier ein Exempel für eine großflächige Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche statuiert werden sollte. Was folgte, waren zum Beispiel weitere „Sparpakete“ bei Volkswagen oder DaimlerChrysler - auf Kosten der Beschäftigten.

Die Handy-Produktion von Siemens ist seit 2004 nicht aus den Wirtschaftsnachrichten verschwunden. Immer wieder wird über deren Abwicklung oder Verkauf spekuliert.

Die Arbeitsplätze in dieser Branche, die sich vor allem durch kurze Produktzyklen, hohem Automatisierungsdruck und geringe Margen auszeichnet, bleiben also gefährdet.

Dazu ein Interview mit Markus Grolms, der im Siemenswerk Kamp-Lintfort arbeitet und dort Mitglied der Tarifkommission und Vertrauensmann der IG Metall ist.*

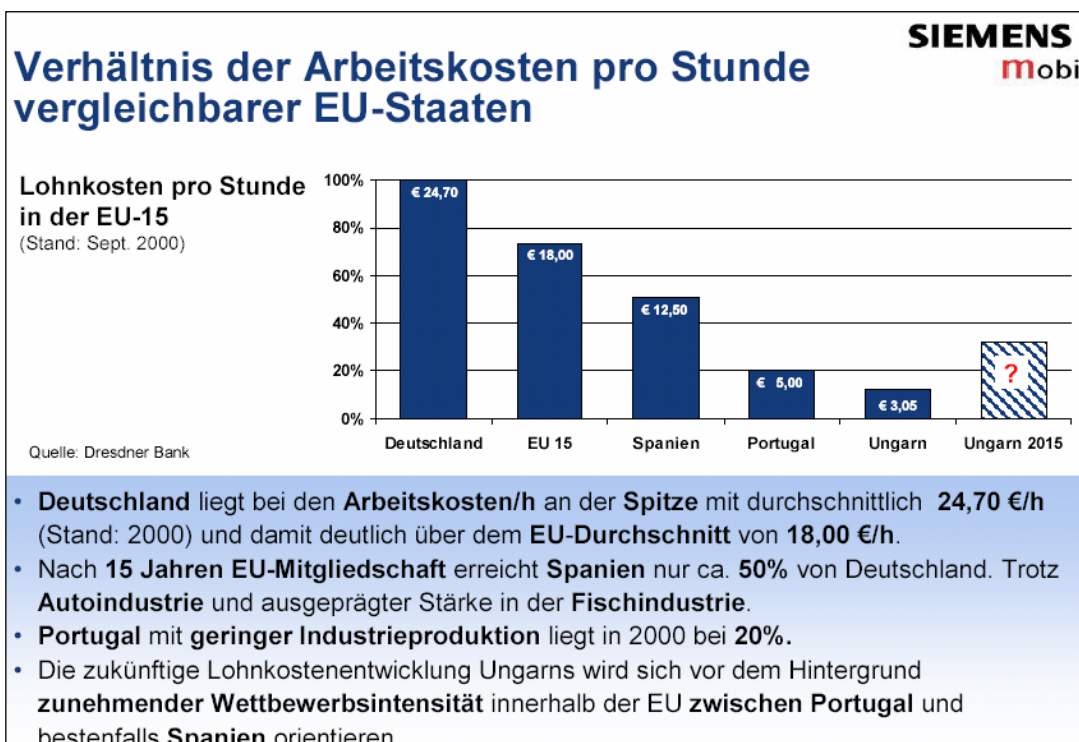
* Auf Einladung von ATTAC-Niederrhein fand am 18. Januar 2005 in Xanten eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Markus Grolms zum Thema statt.

Siemens drohte Anfang 2004 mit der Verlagerung eurer Arbeitsplätze nach Ungarn. War das eine reale und echte Option für den Konzern?

Markus Grolms (MG): Dies herauszufinden war die entscheidende Frage im Vorfeld der Verhandlungen. Wir mußten aber sehr schnell feststellen, dass wir es mit einem detailliert geplanten Verlagerungsszenario zu tun hatten. Die niedrigen Lohnkosten in Ungarn gepaart mit mehr oder weniger versteckten Subventionen, hätten Siemens einen Besorgnis erregenden Kostenvorteil verschafft. Wir konnten am Ende mit unseren Beratern von Ernst&Young nur zu dem Ergebnis kommen, dass die Verlagerungsoption für Siemens mit Sicherheit eine realistische Option gewesen wäre. Somit war klar, dass Handlungsbedarf bestand, um den Konzern von dieser Strategie abzubringen und den Erhalt der Arbeitsplätze zu sichern.

Für den Erhalt der Werke in Kamp-Lintfort und Bocholt wurde ein „Ergänzungstarifvertrag“ abgeschlossen. Was sind daraus die wichtigsten Eckpunkte und Besonderheiten? Auf was müssen die Beschäftigten konkret verzichten?

MG: Kernpunkt der Regelungen ist die Einführung von Jahresarbeitszeitkonten mit einem Soll von 1760 Stunden, was die faktische Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bedeutet. Ferner ist der Verlust von Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu beklagen, wobei an dessen Stelle eine vom Unternehmenserfolg abhängige Jahreszahlung tritt. Hinzu kommt die Rückkehr vom Prämienlohn zum Zeitlohn. Dieser für Siemens äußerst bedeutsame Regelungspunkt, ist aus unserer Sicht besonders unverständlich, weil er nicht nur die finanzielle Last für jeden



einzelnen Beschäftigten erhöht hat, sondern auch betriebswirtschaftlich unsinnig ist. Gerade das kurz zuvor ausgehandelte neue Prämienmodell, hatte ja zu einem beachtlichen Anstieg der Produktivität geführt.

Die Regelungen gelten im Übrigen nicht nur für den gewerblichen Bereich, sondern auch für den angestellten Bereich.

Wie reagierten die Beschäftigten auf das Verhandlungsergebnis?

MG: Die Reaktionen der KollegInnen, waren so ambivalent, wie es das Verhandlungsergebnis vermuten lässt. Natürlich waren die Wut und Enttäuschung über das Ausmaß der Einschnitte enorm. Überwiegend war jedoch meiner Ansicht nach die Erleichterung über den Erhalt der Arbeitsplätze. Problematisch ist in diesem Zusammenhang jedoch das tiefe Misstrauen der KollegInnen gegenüber der Nachhaltigkeit der vereinbarten Standortsicherung.

Reaktionen wie „in zwei Jahren ist hier eh dicht ...“ waren keine Seltenheit.

Die aktuelle Lage, die Siemens umschreibt mit den Optionen von „verkaufen, sanieren, kooperieren oder schließen“, führt den Geist des Ergänzungstarifvertrags ad absurdum. Die KollegInnen sowohl im gewerblichen, wie auch im Angestelltenbereich erwarten zu Recht nichts anderes, als dass sich Siemens zu den Standorten in Kamp-Lintfort und Bocholt bekennt. Wenn man bedenkt, dass die Standorte aus tariflicher Sicht möglicherweise die wettbewerbsfähigsten in Deutschland sind, dann muss der Siemens Konzern auf dieser Basis in der Lage sein, das

Geschäft mit Mobiltelefonen erfolgreich zu gestalten.

(weitere Reaktionen unter: www.igmetall.de/siemens)

Wurdet ihr in eurem Kampf von der Öffentlichkeit, Medien, Politik oder anderen politischen Organisationen unterstützt? Wie sah die Solidarität im Siemens-Konzern aus? Und hat das alles was gebracht?

MG: Unser Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze wurde begleitet von einem ungeheuren Interesse der Medien und der gesamten Öffentlichkeit. Unterstützt wurde unser Protest vor allem durch die Solidarität der KollegInnen in der IG Metall und das sowohl innerhalb des Siemens Konzerns als auch in vielen anderen Betrieben. Sehr gefreut hat uns auch die Unterstützung von Organisationen wie ATTAC-Niederrhein, der Katholischen Arbeiterbewegung, der Moerser Arbeitsloseninitiative, der Evangelischen Kirchengemeinde in Kamp-Lintfort und des Juso Landesverbandes NRW. Daher gilt an dieser Stelle allen Beteiligten mein herzlicher Dank. Zu erwähnen ist ferner das Engagement der lokalen Politik, insbesondere, das des Bürgermeisters von Kamp-Lintfort und unseres Bundestagsabgeordneten Ulrich Krüger. Wie man sieht, ist Solidarität immer noch mehr als eine Worthülse von Klassenkämpfern, sie steht für die reale Einheit derer, die Globalisierung menschlich gestalten wollen.

Für mich persönlich war jedoch die Zurückhaltung der Spitzenpolitiker bemerkenswert. Ich hätte mir an dieser Stelle oftmals deutlichere Worte und

Taten gewünscht. Schließlich sind es nicht zuletzt Inhalte der Europapolitik, die unsere Arbeitsplätze gefährden. Hier muss deutlich mehr für den Schutz der Arbeit getan werden.

Wer Arbeit zur Ware macht und im zusammenwachsenden Europa die Arbeitskraft der vermeintlichen Effizienz der Märkte überlassen will, der lässt die Menschen allein und gefährdet letztlich den Prozess der europäischen Integration.

Gebracht hat das alles schließlich den Erhalt der Arbeitsplätze. Dies war unser Ziel und dafür werden wir auch künftig alles tun. Es kann vielleicht nicht jeder Arbeitsplatz erhalten werden, aber wir werden nicht einen Arbeitsplatz leichtfertig aufgeben.

Zum Schluss: Alle reden von der Globalisierung. Wie ist deine persönliche Meinung dazu? Müssen wir uns zwingend den „neuen“ Bedingungen der Weltwirtschaft anpassen oder gibt es auch Chancen gegenzusteuern?

MG: Globalisierung ist ja kein neuer Prozess, auch wenn er nun sehr beschleunigt voranschreitet. Die Globalisierung ist weniger ein Problem, als der neoliberale Geist, der sie trägt.

Ich spreche hier von einem neo-liberalen Geist und nicht von einer ökonomischen Theorie. Die den Neo-Liberalismus begründende Theorie hat freilich genug Schwächen, die man kritisch diskutieren kann. In der Bundesrepublik ist es, nicht zuletzt dank der Gewerkschaften, lange Zeit gut gelungen, die Balance zwischen Marktinteressen und Verteilungsgerechtigkeit zu finden. Dies hat maßgeblich dafür gesorgt, unseren

Staat zu stabilisieren. Die neo-liberale Zeitenwende gefährdet diesen sozialen Frieden in Deutschland und auch in Europa.

Die geradezu infantile Allmachtsfantasie der neo-liberalen Theorie trägt nicht nur fast religiöse Züge, sie hat auch jeden Bezug zur Realität verloren. Die neuen Bedingungen der Weltwirtschaft sind gemacht und zwar von denen, die davon am meisten profitieren. Letztlich geht es eben nur noch um den Shareholder-Value, während die Arbeitskraft auf der Strecke bleibt. Diese Form von Globalisierung wird wenige Sieger und viele Verlierer haben. Hiergegen wirkt auch hohe Qualifikation nur begrenzt als Schutz, weil auch hoch qualifizierte Arbeitsleistung bei dieser Sichtweise nicht mehr ist als ein Kostenfaktor, den man optimieren muss. Alles in allem sind die sog. neuen Bedingungen der Weltwirtschaft daher der Startschuss für das race-to-the-bottom.

Chancen des Gegensteuerns gibt es freilich genug. Nur muss hierfür die Politik ihre Handlungsfähigkeit wiedererlangen, weil faktisch der Spielraum der Politik genau so groß ist, wie die Märkte und die Macht der Konzerne es zulassen. Daher bedarf es wieder größerer Regulierung sowohl der Kapitalmärkte als auch der Arbeitsmärkte. Regulierung freilich nicht im Sinne von Bürokratisierung, sondern von sozialer Begrenzung.

Das ist im Interesse der Arbeitnehmer notwendig, aber auch in Hinblick auf die gesamte ökonomische Stabilität. Schließlich erhöht die wachsende Deregulierung auch die Anfälligkeit des Kapitalismus für Krisen. Jedoch ohne den Druck der Basis, wird es hier verdammt eng werden, weil die Weichen längst in

die falsche Richtung gestellt sind. Deshalb ist jeder Einzelne von uns aufgefordert an der Gestaltung der Globalisierung mitzuwirken oder um es mit den Worten von Timothy Garton Ash zu sagen: Von uns hängt es ab!

Mehr Informationen der IG Metall Vertrauensleute von Siemens Kamp-Lintfort im Internet: www.my-vk.de

7. Die Rübe vom Niederrhein, die EU und der Weltmarkt

Nach Presseberichten Ende Mai (2005) plant die EU eine Senkung des Garantiepreises für Weißzucker und Zuckerrüben um jeweils etwa 40 Prozent. Mit dieser Maßnahme will die EU den Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) entsprechen, die den bisherigen subventionierten EU-Zuckermarkt als einen Verstoß gegen das internationale Handelsrecht ansieht. Das Hauptargument der WTO: Die bisherige EU-Marktordnung für Zucker verhindert den Import von billigen Weltmarktzucker. Ja und? Was hat das mit uns am Niederrhein zu tun? Eine ganz Menge, wenn man etwa in der Zuckerfabrik in Kalkar-Appeldorn arbeitet, Zuckerrüben-Landwirt ist oder zuweilen eine Cola trinkt.

Appeldorn – alles auf Zucker...

Die Appeldorner Zuckerfabrik der Firma Pfeifer & Langen hat etwa 100 Beschäftigte und verarbeitet täglich 7.500 t Zucker. Der benötigte Rohstoff kommt aus der Region (Umkreis 35 Kilometer) von etwa 2.000 landwirtschaftlichen Betrieben, die auf 11.000 Hektar Zuckerrüben anbauen. Es handelt sich

also dabei durchaus um kleinere und mittlere Betriebe, weniger um so genannte Agrar-Fabriken. Es wird geschätzt, dass 2/3 Drittel dieser bäuerlichen Existenzen vor dem Aus stehen, wenn sich die Spielregeln auf dem Zucker-Weltmarkt radikal ändern.

Konkurrenz vom Zuckerhut

Mit 25 Millionen t pro Jahr ist Brasilien der größte Zuckerproduzent weltweit. Der lateinamerikanische Staat stellt mehr des „weißen Goldes“ her als alle EU-Staaten zusammen. Brasilien könnte sogar seine Produktion mittelfristig noch um 30-40 % steigern, wenn es denn der Weltmarkt hergeben würde. Die weltweiten Produktionssteigerungen der letzten Jahre übten bereits schon starken Druck auf den Weltmarktpreis für Zucker aus. Eine weitere Liberalisierung des Zuckermarktes würde die Spirale von Überproduktion und Preisverfall weiter beschleunigen.

Das Argument „man solle doch Brasilien - als fast noch Dritte-Welt-Staat - zumindest in diesen Wirtschaftssektor erfolgreich sein lassen“ wird schal, wenn man sich die Produktionsbedingungen in Südamerika vor Augen führt. Es sind gerade nicht die Kleinbauern oder genossenschaftliche Kooperativen, die davon profitieren würden, sondern einige wenige landwirtschaftliche Großunternehmen, die in riesigen Monokulturen unter Missachtung jedweder Umweltschutzmaßnahmen mit Tagelöhnern produzieren. Soziale und ökologische Ausbeutung pur.

„Freier Weltmarkt“ und „Geiz ist geil“

Die Markt-Radikal-Liberalen von EU und WTO befürworten einen sog. „freien

Zuckerweltmarkt“ (ohne Subventionen) auch mit dem Argument, dass es bei sinkenden Rohstoffpreisen zu Kostenersparnissen bei den Endprodukten kommt. Ein Rechenbeispiel dazu: „Wenn statt heimischem der importierte Rohzucker aus Brasilien für die Produktion von Coca-Cola verwendet würde, sinkt der Verkaufspreis für eine 0,7-Liter-Flasche genau um 3 Cent!“ (zitiert aus: `Der Weseler` vom 5. November 2003). Ob die Hersteller der Endprodukte wirklich ihre Kostenersparnisse an den Endverbraucher weitergeben, ist doch sehr zweifelhaft, wie die neoliberale Ideologie, die dahinter steht. Nach der sollen durch niedrige Produktpreise die Nachfrage nach diesen Gütern steigen. Dadurch erhöht sich dann die Produktion, es gibt mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum, wodurch der allgemeine Wohlstand steigt. Ob diese Denkweise ein weiser volkswirtschaftlicher Mechanismus ist oder nur die Profitinteressen einiger großer Konzerne kaschiert, bleibt dem Betrachter überlassen.

8. Hartz IV am Niederrhein

Was hat Hartz IV und Agenda 2010 mit Globalisierung zu tun? Kein anderer als Gerhard Schröder hat selbst am 17. März

2005 in einer Regierungserklärung auf diese Frage geantwortet als er sagte: „Die Agenda 2010 ist die Antwort auf zwei große Herausforderungen, denen unsere Gesellschaft wie viele andere Gesellschaften in Europa ausgesetzt ist: zum einen der Herausforderung, die mit der Globalisierung unserer Wirtschaft und damit der Globalisierung des Wirtschaftens zusammenhängt, und zum anderen einen radikal veränderten Altersaufbau in unserer Gesellschaft.“

Um dem Volke die Hartz-„Reformen“ schmackhaft zu machen, versprach Peter Hartz: „Wenn meine Reformvorschläge umgesetzt werden, kann man in 30 Monaten zwei Millionen Jobs schaffen oder zwei Millionen Arbeitslose weniger haben.“ (Peter Hartz, Spiegel, 44/2002)

Diese optimistischen Zukunftsaussichten sind leider nicht eingetreten. Statt dessen haben die „Reformen“ des Peter Hartz zu der „größten Kürzung der Sozialleistungen seit 1949“ (FAZ 30.6.2004) geführt, ohne auch nur ansatzweise eine positive Wirkung auf die Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik gehabt zu haben.

Auch die Zahlen der Bundesagentur für den Bezirk Wesel sprechen eine deutliche Sprache. (Der Agenturbezirk Wesel umfasst die Kreise Wesel und Kleve)

	Dez. 2004	Januar 2005	Februar 2005	März 2005
Arbeitslose Kreis Wesel	19.871	24.945	24.318	23.779
davon SGB II (ALG II – Bez.)	-	12.636	12.243	12.399

Tabelle: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Einführung von Hartz IV im Kreis Wesel

Dort waren im Februar 2005 36.970 Menschen arbeitslos und 49.742 arbeitsuchend gemeldet, was einer Arbeitslosenquote von 9,8% entspricht. In dieser Zahl fehlen bislang immer noch die Frauen und Männer aus dem Kreis Kleve, die vor dem 1.1.2005 Sozialhilfe bezogen und nun als arbeitsfähig eingestuft worden sind. Die Gründe für die fehlenden Zahlen der Optionskommune Kreis Kleve konnten auch nach

Anzahl derjenigen, die zwar arbeitslos gemeldet sind, aber keine finanzielle Leistung bekommen, z.B. Absolventen von Hochschulen oder Frauen, die nach Kindererziehungszeiten wieder in ihrem Beruf arbeiten möchten.

Entscheidend für die sprunghafte Zunahme „ist der Übergang von erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern und Familien-angehörigen in die

	Absolut	in %
Arbeitsuchende	49.005	
darunter Arbeitslose	36.122	
dar. Frauen	15.430	42,7 %
Arbeiter	23.288	64,5 %
Jüngere unter 25 Jahren	3.685	10,2 %
dar. Jug. unter 20 Jahren	367	1,0 %
50 Jahre und älter	8.840	24,5%
dar. 55 Jahre und älter	4.159	11,5 %
Langzeitarbeitslose	13.749	38, 1%
Schwerbehinderte	1.888	5,2 %
Ausländer	4.308	11,9 %

*Tabelle: Arbeitsuchende und Arbeitslose Agentur Wesel
(Kreise Wesel und Kleve) im März 2005*

Nachfrage bei der Arbeitsagentur Wesel nicht benannt werden. Eine erste Beurteilung des Arbeitsmarktes nach der Neuregelungen des Sozialgesetzbuches II (SGB II) kann daher m. E. nur für den Kreis Wesel erfolgen.

Auffällig bei der Betrachtung der Tabelle ist erst einmal der Anstieg der Arbeitslosenzahlen von Dezember 2004 auf Januar 2005 und der hohe Anteil (mehr als 50 %) der ALG II - BezieherInnen an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen. Was aus der Tabelle nicht zu entnehmen ist, ist die

Arbeitslosenstatistik aufgrund der Neuregelungen ...“ (Monatsbericht Januar 2005, Agentur für Arbeit Wesel).

Für die Mehrzahl der mehr als 12.000 ALG II – BezieherInnen im Kreis Wesel bedeutet die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einen tiefen sozialen Einschnitt, da die neuen Leistungen auf dem bisherigen Sozialhilfeniveau liegen.

Alleinstehende erhalten in den alten Bundesländern in der Regel 345,- Euro. Unterkunfts- und Heizkosten werden

übernommen, allerdings nur in angemessener Höhe. So steht jeder/m ALG II – BezieherIn ein Wohnraum von 45 m² bis 50 m² zu. Ehepaare teilen sich einen Wohnraum von 60 m² und die Wohnfläche erhöht sich pro Kind um 15 m². In Duisburg hat die ARGE (Arbeitsgemeinschaft bestehend aus Stadt und Agentur für Arbeit) bereits den Quadratmeterpreis auf 3,94 Euro/m² festgelegt. Verdi Duisburg-Niederrhein befürchtet, dass Arbeitslose zukünftig nur noch in bestimmten Stadtteilen, wie z.B. Bruckhausen, Marxloh oder Hochfeld, wohnen können.

Weiterhin sind BezieherInnen des neuen ALG II kranken-, pflege- und rentenversichert – letzteres allerdings nur zu einem Mindestbeitrag. Zehn Jahre ALG-II-Bezug führt zu einem Rentenanspruch von nur 26,40 Euro monatlich. Die zukünftigen sozialen Kosten scheinen die „Reform“ – Planer nicht berücksichtigt zu haben.

Um ALG II erhalten zu können, werden viele Menschen auf ihre Rücklagen zurückgreifen müssen. Frei ist nur ein Vermögen von 200 Euro je Lebensjahr, maximal 13.000 Euro pro Person.

Heribert Prantl kommentierte am 1.7.2004 in der Süddeutschen Zeitung: „Eine solche Politik ist nicht sozialdemokratisch, sondern unanständig. Es handelt sich um verfassungsrechtlich bedenkliche Enteignungspolitik.“

9. Weihnachtliche Steuergeschenke an Rhenus Keolis

Kreis Wesel verscherbelt Nahverkehrsunternehmen für 1 €

Ein wahrlich vorweihnachtliches Geschenk machte der Kreis Wesel der Rhenus Keolis GmbH & Co KG aus Mainz. Für ganze 1 € vermachte der Kreis am 16. November 2005 seine 7.140 NIAG – Namensaktien im Wert von 3.855.600 € „Die Veräußerung der NIAG stellt die größte Teilprivatisierung auf dem deutschen Nahverkehrsmarkt seit Jahren dar und ist ein wichtiges Signal für den Markt“, kommentierte Rhenus-Keolis – Geschäftsführer H. Behrens den Deal mit dem Kreis. Das ist aber noch nicht alles. Damit das Weihnachtshäppchen richtig mundet, verpflichtet sich der Kreis zur weiteren Zahlung von insgesamt 24,9 Mio. € in vier Jahresraten in eine Kapitalrücklage, um dem Konzern Verluste nach der Übernahme zu ersparen.

Kreis Wesel zahlt in Kapitalrücklage	
2006	8,5 Mio. €
2007	6 Mio. €
2008	6 Mio. €
2009	4,4 Mio. €
Summe	24,9 Mio. €

Hinzuzurechnen gelten natürlich auch die Vermögenswerte der NIAG. Landrat A. Müller bezifferte den Verlust in der RP vom 23.9.2005 auf 35 Mio. €

Damit wir uns richtig verstehen. Das Geld stammt keineswegs aus einem privaten Spendentopf der Kreistagsmitglieder, sondern aus Steuermitteln!

Damit besitzt Rhenus-Keolis jetzt 51% des NIAG – Grundkapitals und steuert ab

Vom Kreis Wesel verschenkte NIAG - Werte	
	Mio. €
Namensaktien	3,9
Einzahlung in die Kapitalrücklage Vermögenswerte (anteilig 51%)	24,9
Summe	63,8

Januar 2006 das Nahverkehrsunternehmen am Niederrhein mit seinen knapp 500 Beschäftigten in eigener Regie. Eine demokratisch legitimierte Kontrolle ist jetzt nicht mehr möglich.

Begründet wird der Schritt zur Teilprivatisierung mit der Finanzknappheit des Kreises und den jährlichen Zuschüssen an die NIAG von ca. 4,9 Mio. €. Für 8 Jahre würden sich also Zuschüsse von insgesamt 39,2 Mio. € ergeben. Der Kreis subtrahiert nun die Summe der Kapitalrücklage (24,9 Mio. €) von den Zuschüssen und errechnet daraus eine Ersparnis von 14,3 Mio. €

ATTAC - Niederrhein hat nachgerechnet und kommt aber auf ein ganz anderes Ergebnis. Berücksichtigt werden muss nach unserer Einschätzung nicht nur die zukünftige Einzahlung in die Kapitalrücklage, sondern auch der Wert der Namensaktien und der Vermögen. Vorausgesetzt, dass die Angaben in den

Pressemitteilungen richtig sind, ergibt sich nach unseren Berechnungen in den nächsten 8 Jahren mindestens ein Verlust von 24,6 Mio. €

Berechnung Kreis Wesel	
Zuschüsse für 8 Jahre	39,2 Mio. €
Kapitalrücklage	24,9 Mio. €
Ersparnis	14,3 Mio. €

Natürlich haben die Vertragsunterzeichner von Rhenus-Keolis Versprechungen für die Zukunft gemacht. In der Pressemitteilung des Kreises finden wir folgende Zusagen:

Berechnung ATTAC Niederrhein	
Zuschüsse für 8 Jahre	39,2 Mio. €
Kapitalrücklage und Vermögen	63,8 Mio. €
Verlust	24,6 Mio. €

Rhenus Keolis möchte:

1. das Angebot des ÖPNV aufrecht erhalten
2. die Qualität des ÖPNV verbessern
3. die Konzession vor dem 31.12.2013 neu beantragen
4. die Zentralfunktionen ihrer Holding von Holzwickede nach Moers verlagern
5. den Sitz der Rhenus Scharrer GmbH nach Wesel verlegen



6. der NIAG Serviceleistungen für
Rhenus Scharrer übertragen

Ob diese Zusagen eingehalten werden, wissen wir noch nicht. Aber eines ist sicher. Die Tickets für die NIAG-Fahrgäste werden ab 1.1.2006 um 3,35% teurer.

Anhang: Dokumentation



A. Offener Brief von ATTAC Niederrhein (Kreise Wesel/Kleve)
an die

- Weseler Bürgermeisterin Ulrike Westkamp
- Härtefallkommission (Innenministerium NRW)
- Kreisausländerbehörde Wesel
- örtliche Presse- und Rundfunkredaktionen
- Initiativkreis „Bleiberecht für Familie Erkil“

Dauerhaftes Bleiberecht für die Weseler Familie Erkil

Die Weseler Familie Erkil ist akut von einer Abschiebung in die Türkei bedroht. Nach Stellungnahme der Härtefallkommission des NRW-Innenministerium ist zu befürchten, dass sie nur noch wenige Tage in Wesel verbleiben kann.

Aus politischen und humanitären Gründen, sowie aufgrund der persönlichen Lage der Familie Erkil darf diese Abschiebung nicht erfolgen:

Herr Mehmet Erkil setzte sich in der Türkei für die kurdische Minderheit ein und wurde deswegen verfolgt und gefoltert.

Frau Sabahat Erkil ist aufgrund ihrer Erkrankungen reiseunfähig, wie auch die Psychologin des Weseler Gesundheitsamtes bestätigt hat.

Den vier Kindern der Familie droht eine ungewisse Zukunft. Zwei von ihnen sind hier geboren und sprechen kein türkisch. Obwohl die gesamte Familie in Wesel beispielhaft integriert ist (Schule und Vereine), sollen sie aus ihrem vertrauten Umfeld gerissen werden. Die jüngste Tochter leidet zudem unter mangelnder Knochenbildung. Diese Therapie muss unbedingt in Deutschland fortgesetzt werden.

Aus oben genannten Gründen schließt sich deshalb ATTAC Niederrhein den Forderungen des Initiativkreises „Bleiberecht für Familie Erkil“ an und fordert:

**Ein dauerhaftes Bleiberecht für die gesamte Familie Erkil!
Anerkennung der persönlichen Situation der Familie als Abschiebehindernis!**

Wesel, 11. November 2005

für Rückfragen:

Ingo Kübler c/o ATTAC Niederrhein | ingo-kuebler@t-online.de | 0160 / 946 24 956 | www.attac-niederrhein.de



Wesel, 13.1.2006

B. Offener Brief von ATTAC Niederrhein (Kreise Wesel/Kleve) an die
- Weseler Bürgermeisterin Ulrike Westkamp
- Mitglieder des Stadtrates Wesel

Freier Eintritt für Hartz IV - Betroffene!

Sehr geehrte Frau Westkamp,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

im Dezember 2005 waren im Kreis Wesel 22.549 Menschen arbeitslos gemeldet. Mehr als die Hälfte dieser Menschen nämlich 13.432 bekommen seit dem 1. Januar 2005 nur noch das Arbeitslosengeld II. Maximal sind das 345,00 Euro im Monat zuzüglich Miete und Heizkosten für einen alleinstehenden Arbeitslosen.

Durch die Leistungskürzungen der sogenannten „Hartz – Reformen“ werden auch bei uns am Niederrhein viele Menschen in die Armut getrieben. Eigentumswohnungen und Häuser werden verkauft oder zwangsversteigert, Lebensversicherungen und Sparverträge vorzeitig aufgelöst, Mietwohnungen aufgegeben werden müssen. Für viele Betroffene wird die Altersarmut unausweichlich werden, da auch heute schon Fünfzigjährige auf dem Arbeitsmarkt wie Aussätzige behandelt werden. Im Kreis Wesel sind ca. 25% aller Arbeitslosen über 50 Jahre alt.

Armut ist in den hoch entwickelten Gesellschaften nicht gleichbedeutend mit Hunger oder Elend. Armut ist vor allem Ausdruck für soziale Ungleichheit, Armut bedeutet hierzulande Ausgrenzung. Durch die wenigen verfügbaren finanziellen Mittel können viele Betroffene nicht mehr am kulturellen Leben teilnehmen. Ein Bier oder Eis am Kornmarkt ist häufig nicht mehr möglich. Auch der Besuch in vielen städtischen Einrichtungen der Stadt Wesel ist oft für die Betroffenen unerschwinglich, da die Einrichtungen keine oder nach unserer Auffassung nur unzureichende Ermäßigung für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II – Betroffene gewähren. So gibt es z.B. im Heubergbad keinerlei Ermäßigung, Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Wesel kosten für ALG II – Betroffene genausoviel wie für Einkommensmillionäre, viele attraktive Kurse an der Volkshochschule bieten keine Ermäßigung.

Wir, die Mitglieder von ATTAC-Niederrhein, fordern daher die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Wesel auf, sich dafür einzusetzen, dass den sozial Benachteiligten in unserer Stadt endlich freier Eintritt in allen städtischen Einrichtungen gewährt wird.

Mit freundlichen Grüßen

(Klaus Kubernus-Perscheid)



C. Offener Brief von ATTAC Niederrhein an den NRW-Innenminister

ATTAC - Niederrhein
Klaus Kubernus-Perscheid
Pastor Wolf Str. 12
46487 Wesel
Tel.: (02803) 8303



www.attac-niederrhein.de

An den

Innenminister des Landes NRW
Dr. Ingo Wolf
Haroldstr. 5
40213 Düsseldorf

Wesel, 14.9.2006

Betr.: Bleiberechtsregelung

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wolf,

Im November dieses Jahres werden sich die Innenminister von Bund und Länder erneut mit dem Thema Bleiberecht befassen. Wir, die ATTAC – Gruppe Niederrhein, möchten Sie aus diesem Grund bitten, sich aktiv für ein großzügiges und zukunftsfähiges Bleiberecht einzusetzen.

Viele Menschen, die vor Jahren ihr Land aus politischen Gründen verlassen mussten, leben seit Jahren auch hier am Niederrhein. Oftmals stammen sie aus den kriegs- und krisengeschüttelten Gebieten Ex-Jugoslawiens, Iraks oder Sri Lanka. Neben der Verarbeitung der Geschehnisse in den Herkunftsländern kam für viele nach der Ablehnung des Asylantrages die Angst vor der Abschiebung. Trotz der rechtlichen Hindernisse und bürokratischen Hürden gelang vielen die Integration.

Für sie ist der Niederrhein zu einer neuen Heimat geworden, in der die Jungen sich in Sportvereinen engagieren, die Schule besuchen und inzwischen deutsche Freundinnen und Freunde gewonnen haben. Eine Rückkehr in das Land, dass sie vor Jahren verlassen mussten, ist für sie, aber auch für ihre Freunde und Freundinnen, unvorstellbar geworden. Manche sprechen nicht mal mehr die Sprache ihrer Eltern.

Es wird deshalb höchste Zeit diesen Menschen eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Tragen Sie bitte mit dazu bei!

Mit freundlichen Grüßen

(Klaus Kubernus-Perscheid für ATTAC – Niederrhein)

D. Vortragsveranstaltungen von ATTAC – Niederrhein 2005/2006

Global brutal am Niederrhein? - Zur Lage der Siemens-Beschäftigten in Kamp-Lintfort -

Referent: Markus Grolms, 18. Januar 2005

Eine andere Welt ist möglich - und notwendig - Bericht vom 5. Weltsozialforum in Porto Alegre (Brasilien)

Referenten: Hermann Dierkes, Charlotte Weyers, 15. März 2005

Die neoliberale Globalisierung und ihre Auswirkungen am Beispiel Argentinien

Referenten: Klaus Kubernus-Perscheid und Ingo Kübler, 5. April 2005

EU in schlechter Verfassung?!

Referent: Stephan Lindner, 7. Juni 2005

Geschichte und Entwicklung des Flughafen Niederrhein (Weeze)

Referent: Ahmet Siegel, 28. Juni 2005

HARTZ IV - eine Abrechnung (Autorenlesung)

Referentin: Gabriele Gillen, 7. September 2005

Alternativen zur neoliberalen Globalisierung

Referent: Eckhard Stratmann-Mertens, 18. Oktober 2005

Entschuldung der Dritten Welt ist eine Frage der Gerechtigkeit

Referent: Wilson Budde-Iser, 8. November 2005

Das erste Jahr Hartz IV

Referent: Herbert Looschelders, 24. Januar 2006

Bürgerentscheid gegen Privatisierung

Referent: Lothar Reinhard, 14. Februar 2006

Akteure und Profiteure der Privatisierung

Film: Wasser unterm Hammer von Leslie Franke, 15. März 2006

Neue (alte ?) Fragen und Lösungen zur Gesundheitsreform - von falschen Diagnosen, politischen Gesundungsversprechen und neoliberalen Begehrlichkeiten!

Referent: Werner Schüßler, 10. Mai 2006

**Abschiebepaxis in den Kreisen Wesel und Kleve**

ReferentInnen: Mechthild Bielenberg – Keller (Kleve)
Heike Pullich (Xanten)
Henning von Stoltzenberg (Wesel), 7. Juni 2006

Brennpunkt: Naher Osten - Krise ohne Ausweg? -

Referent: Holger Schmidt (DFG/VK), 30. August 2006

Meine Daten gehören mir?**Freiheit in Zeiten eines sich steigernden Sicherheitsdiskurses**

Referentin: Dr. Elke Steven, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. Köln,
27. September 2006

Sozialabbau stoppen***Es geht nur ganz anders! Soziale Rechte hier und weltweit!***

Referent: Thomas Keuer, VERDI Duisburg Niederrhein,
18. Oktober 2006

Bildung im Umbruch***Einfluss der Globalisierung auf die Bildungspolitik der Bundesrepublik***

Referent: Klaus Kubernus-Perscheid, ATTAC Niederrhein,
29. November 2006



Was ist ATTAC?

ATTAC* ist eine internationale, globalisierungskritische Bewegung. 1998 in Frankreich gegründet, hat ATTAC mittlerweile weltweit 100.000 Mitglieder in 50 Ländern. Seit dem Jahre 2000 gibt es ATTAC in Deutschland - inzwischen in etwa 150 Orten und Universitäten mit zirka 16.000 Mitgliedern.

ATTAC versteht sich als außerparlamentarische Bewegung und Netzwerk, dem nicht nur Einzelmitglieder sondern auch über 200 Organisationen angehören - Gewerkschaften, Eine-Welt-Zentren, Umweltorganisationen, NGOs, christliche Vereinigungen, Friedensinitiativen oder kapitalismuskritische Gruppierungen. Grundsätzlich gilt: ATTAC ist basisdemokratisch und pluralistisch. Unterschiedliche Weltanschauungen gehören dazu und gerade diese Vielfalt hat bisher unsere Stärke und Attraktivität ausgemacht. Rechtsextreme, antisemitische oder sexistische Positionen haben allerdings keinen Platz bei uns.

**Association pour la Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens (übersetzt: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger) .*

Kontakt:

www.ATTAC-Niederrhein.de

Christa Kalisch

Telefon: (02801) 70122

E-Mail: christakalisch@web.de